



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24634 - 33
Fernschreiber 0886890

1/XIII/29 - 4. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

	Das Märchen vom Dolchstoß Der neue Propagandaslogan der CDU	40
2 - 3	Washington rüstet sich für Verhandlungen mit Moskau Auf der Suche nach einer neuen Politik in der USA	79
4 - 5	Adenauers "blinde und feindliche Opposition" USA-Würdigung des Bundeskanzlers und die Antwort darauf	56
	Kopenhagen bedauert den Abgang von Duckwitz Ein guter Freund der Dänen nimmt Abschied	46
7	Die SPD-Partei der jungen Generation Aufschlussreiche Zahlen des Statistischen Bundesamtes	28

* * * * *

Das Märchen vom Dolchstoß

sp- Die CDU und ihre Sprecher, durch den Ausgang der grossen aussenpolitischen Debatte in mehr als eine peinliche Verlegenheit gebracht, setzten das Märchen vom Dolchstoß in die Welt, den die Opposition durch ihre rücksichtslose Enthüllung der Schwäche der Bonner Deutschlandpolitik begangen habe. Das ist eine sehr üble Sache. Die CDU setzt damit die Opposition - und zu ihr bekannten sich immerhin zwölf Millionen Wähler - gegen die Adenauer-Politik mit jenen zerstörerischen Kräften der Weimarer Republik gleich, die sie schliesslich zu Fall brachten. Im Zeichen dieser Dolchstoßlegende hatten sich in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg alle rechtsradikalen Feinde der Demokratie versammelt, um die Republik zu stürzen, die für sie der Inbegriff des Vaterlandsverrates, der Schwäche und der Anfälligkeit für den Bolschewismus war.

Es gehört ein grosses Mass Unverfrorenheit dazu, die oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik, die durch die Freien Demokraten und die Sozialdemokratie heute im Bundestag vertreten sind, auf diese Art zu diffamieren. Hier tritt eine Geisteshaltung der Regierungskoalition zutage, die erschreckend ist. Nichts Gutes für die Zukunft kann dabei herauskommen. Wer sich auf Angriffe reagiert, denen er keine sachliche Argumentation entgegenzustellen weisse, muss ein schlechtes Gewissen haben und eine schlechte Sache vertreten. Mit der Vorstellung der Dolchstoßlegende verbindet sich doch ein Übermass von Heimtücke und Staatsverneinung. Will damit die grösste Regierungspartei der parlamentarischen Opposition unterstellen, dass sie antidemokratischen Kräften Vorschub leiste und darauf ausgehe, die Grundlagen der Bundesrepublik zu unterminieren? Zu jeder entwickelten Demokratie gehören als staatserhaltende Faktoren Regierung und Opposition; wer die Bedeutung der Opposition herabsetzt, in der Opposition etwas Negatives erblickt, weil sie der Regierung, wie es nur ihre Pflicht ist, auf die Finger sieht, verneint die Voraussetzungen eines demokratischen Staates. CDU und deutsche Demokratie sind nicht identisch, es ist eine Entwicklung wohl denkbar, in der die CDU von ihrer bedeutsamen Position entthront wird, ohne dass dabei die deutsche Demokratie Schaden nimmt.

Die CDU hat sich so an ihre in acht Jahren errungene Machtstellung gewöhnt, dass ihr die Vorstellung eines Wechsels der Regierungsgewalt nur Grauen einjagt. Sie verkennt dabei die demokratischen Spielregeln, die es der demokratischen Opposition - und nur eine solche ist im Bundestag wirksam - geradezu zur Aufgabe machen, überall dort der Macht entgegenzutreten, wo sie missbraucht wird. In dieser Aufgabe wird die deutsche Sozialdemokratie als ein politischer Faktor des ganzen deutschen Volkes nie erlahmen. + + +

Washington rüstet sich für Verhandlungen mit Moskau

Von unseren USA-Korrespondenten

Washington, Anfang Februar

Walter Lippmann, einer der einflussreichsten Publizisten Amerikas, schlug dieser Tage vor, die komplizierte Debatte, ob man mit den Russen auf dem "Gipfel" verhandeln oder lieber mit Verhandlungen "im Tal" beginnen sollte, damit zu beenden, dass man mit Verhandlungen "auf halber Höhe" startet, etwa mit Vizepräsident Nixon als Vertreter auf amerikanischer Seite; man vermeide dadurch, die Autorität der Regierungschefs von vornherein festzulegen, und könnte doch den unteren Instanzen, etwa den Diplomaten in Zuge ihrer gewöhnlichen Tätigkeit, zugleich den erforderlichen Auftrieb geben, - und das sei eine guter Ausweg aus den allzählich grotesk werdenden "Verhandlungen, ob man verhandeln soll".

Eine Illustration zu diesem Vorschlag sah Washington soeben in zwei Abschiedsbesuchen zweier ausländischer Diplomaten, die ihre Posten in Washington aufgeben. Der eine, der Vertreter der deutschen Bundesrepublik, Heinz Krezeler, verabschiedete sich in aller Form von Präsident Eisenhower persönlich, wie es die diplomatische Tradition erfordert - und der andere, Sowjetbotschafter Zarubin, erklärte, er wolle den überlasteten Präsidenten schonen, und stattete seinen formellen Abschiedsbesuch Vizepräsident Nixon ab. Das war gewiss diplomatisch nicht sehr höflich, aber offenbar legt man in Moskau Wert darauf, den Kontakt mit dem amerikanischen "Kronprinzer" - vielleicht morgen schon der "starke Mann" der amerikanischen Regierung - nicht zu verlieren.

Diese Nixon-Episoden zeigen, dass man in Amerika der Idee neuer Verhandlungen mit der Sowjetunion im Prinzip keineswegs mehr fern steht, wenn es auch über das Wie und Wer und Woüber und Wann so viele Ansichten gibt, wie man Leute befragt. Aber eine gewisse Auflockerung, zum Guten oder zum Bösen, ist doch wohl eingetreten, wobei es ein müßiges Spiel ist, zu fragen, wie weit Kennan dafür die Verantwortung trägt oder ob man nicht einfach das Mandat der Pariser NATO-Tagung vom Dezember zu erfüllen sucht. Dabei ist im Grunde kein Mensch hoffnungsvoll oder zynisch: es wird zwar unterstellt, dass Moskau letzten Endes an einer Linderung der Aufrüstungslast nicht uninteressiert sein mag, weil ja die Finanzbürde sich auch in der Sowjetunion spürbar machen muss, - aber im übrigen bleibt Washington zynisch, kritisch und skeptisch. Wie üblich, haben bereits Washingtoner Witzbolde diesem Zynismus Ausdruck verliehen, - etwa mit dem "Bonmot", dass man bei den Russen nie -3-

4. Februar 1958

wisse, was sie als nächstes tun würden; fest stehe nur, dass sie es schneller tun als erwartet, - oder auch mit der Bemerkung, die man John Foster Dulles in die Schuhe schiebt: "Gott muss es mit den schwachen Mittelmächten gut meinen, sonst hätte er nicht so viele von uns gemacht..."

Aber man täusche sich nicht: hinter dieser sarkastischen Fassade verbirgt sich eine ernste Suche nach einer neuen Politik. Niemand kann heute wissen, wie Amerikas Außenpolitik morgen aussehen wird, - alle diesbezüglichen Behauptungen sind Phantasien. Aber es liegen doch interessante Kennzeichen vor: der Kongress berät, im Einverständnis mit dem Leiter der Atomenergie-Behörde, Admiral Strauss, ein Gesetz, das die Freigabe der bisher geheimgehaltenen Atomenergie-Forschungen, an "freundliche Staaten" erlaubt, also vor allem wohl England und Frankreich; zwei demokratische Senatoren, Green, Vorsitzender der Aussenpolitischen Kommission des Senats, und Fullbright, Vorsitzender der Kommission für Volkswirtschaft und Währung, haben eine umfangreiche parlamentarische "Studie" (nicht "Untersuchung"!) der gesamten Aussenpolitik des Landes angekündigt, mit dem Ziel, alle Probleme und Aspekte zu erörtern und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen, - und drittens und vor allem, das soeben unterzeichnete "Kulturabkommen" zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über den Austausch wissenschaftlicher Zeitschriften, Sportler, Künstler usw. hat einen Ranz getrocknet - und ist vielleicht das, was Garuschtschow neulich in einem jovialen Cocktail-Gespräch die "Hors d'oeuvre" echter diplomatischer Verhandlungen nannte.

Das amerikanische Staatsdepartement glaubt weder an Kennans Idee über Neutralisierungszonen, noch an den Rapacki-Plan, den es sorgfältig studiert hat; aber es glaubt, und zwar sehr ernstlich, nach wie vor an die Notwendigkeit einer kontrollierten und "kugelsicheren" Rüstungsbegrenzung, und es will vor allem die festgefahrene Abrüstungsdebatte in Gang bringen, - am liebsten in der UNO, aber notfalls auch ausserhalb. Auf westlicher Seite sieht es als Voraussetzungen dafür die Wiederherstellung kompletter Einmütigkeit im westlichen Lager und einige spektakuläre Erfolge amerikanischer Raketentechnik an, - das letztere nicht so sehr als "Aufrüstung, um abrüsten zu können", als um der neuen russischen "Raketendiplomatie" ein Paroli bieten zu können. Die amerikanische Landarmee, noch vor vier Jahren 1,5 Millionen Mann stark, ist jetzt, mit den neuesten Kürzungen, auf 800 000 Mann zusammengeschmolzen: damit glaubt Washington einen konkreten Startbeitrag zum Abrüstungsgespräch geleistet zu haben; jetzt sieht es weiteren Verhandlungen darüber entgegen, auf dem Gipfel oder im Tal. * * *

Adenauers "blinde und feindliche Opposition"

Am 31.12.1957 veröffentlichte die amerikanische Vereinigung "Council Against Communist Aggression" eine Liste von Personen, die sich nach Ansicht des Council im Jahre 1957 im Kampf gegen den Kommunismus verdient gemacht haben. Die Liste wird von Bundeskanzler Adenauer angeführt. Die übrigen Personen sind: Milovan Djilas, der ehemalige kommunistische Schriftsteller Howard Fast, die unbekannte Persönlichkeit, die Teile des Geithner-Berichtes der amerikanischen Presse in die Hände spielte, der dänische UN-Angestellte Povl Bang-Jensen, der sich weigerte, die Zeugenliste der UK-Kommission für Ungarn dem Generalsekretär auszuliefern, der australische UN-Berichterstatler im Ungarn-Ausschuss der UN K.C. Shann.

Die Begründung für die Würdigung Adenauers lautet:

"Bundeskanzler Konrad Adenauer, der angesichts der vereinten Front einer blinden und feindlichen Presse und Opposition in Westdeutschland seinen Wahlkampf auf der Grundlage der unverbrüchlichen Loyalität gegenüber den westlichen Verbündeten und mit dem gemeinsamen Anliegen, die demokratische Gesellschaft vor dem Kommunismus zu bewahren, führte und auch gewann".

Philip A. Heller vom amerikanischen "Jewish Labor Committee" nahm diese Zitierung Adenauers zum Anlass eines Schreibens, das er am 22.1.1958 an den Sekretär des Council, Arthur G. McDowell, richtete. In diesem Schreiben heisst es unter anderem:

"Man zitiert den Bundeskanzler, weil er 'angesichts der vereinten Front einer blinden und feindlichen Presse und Opposition in Westdeutschland' einen Wahlkampf gewonnen habe. Aber der Bezug auf die Presse ist falsch. Es gab keine 'vereinte und blinde innerdeutsche Presse', die den Kanzler bekämpfte. Wenn überhaupt irgendetwas richtig ist, so ist es das Gegenteil. Die Presse war in ihrer Blindheit und Feindseligkeit gegenüber der SPD vereint.

Noch war irgendeine "blinde und feindliche Opposition" vorhanden. Das Umgekehrte war der Fall. Die sozialdemokratische Opposition sah sich einer Kampagne gegenübergestellt, wie sie bitterer und verletzend kaum möglich war.

Mit "Opposition" bezeichnen Sie in diesem Wahlkampf die sozialdemokratische Opposition, da es keine andere gab. Diese Verwendung des Begriffs "Opposition" ist eine übertriebene Vereinfachung und ist in ihren Folgerungen ungerecht. In erster Linie ist es die Aufgabe der Opposition zu opponieren.

Darüber hinaus aber verringert diese Definition, ja verneint sogar, die gewichtige Rolle der deutschen Sozialdemokratie beim Wiederaufbau.

eines demokratischen Deutschlands aus den Trümmern von Hitlers III. Reich. Sie leugnet das grosse historische Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, das sich diese mit der erfolgreichen Organisation der deutschen Arbeiter in einer demokratischen Bewegung erworben hat und dadurch das Entstehen einer irgendwie bedeutenden deutschen kommunistischen Partei verhinderte. Dieser historische Erfolg von Schumacher und seinen Freunden ist oft genug von amerikanischen Beobachtern, von Regierungseite wie von privater Seite als ein historischer Sieg der Freiheit und Demokratie bezeichnet worden...

Viele aus der näheren Umgebung des Kanzlers sind von Grund auf Feinde einer energischen und lebendiger Gewerkschaftsbewegung gewesen. Immer wieder haben Mitglieder des Adenauer-Kabinetts Gewerkschaftler mit gerichtlicher Verfolgung und Haft bedroht, wenn es zu gewissen Streiks und gewerkschaftlichen Forderungen an das Parlament kam...

... es ist nicht notwendig, dass wir mit der SPD in jedweder politischen Frage übereinstimmen, nur um ihre demokratische Rolle und ihre historischen Erfolge anzuerkennen; noch aber ist es notwendig, die sozialdemokratische Opposition zu verunglimpfen, nur um noch mehr Verdienste des Kanzlers und seiner Partei herauszustellen..."

+ + +

Bayer-Werke träumen von Aryana

Die Zeitschrift "Unser Werk" ist nur für Betriebsangehörige der Bayer-Werke bestimmt. Trotzdem ist es für die Öffentlichkeit nicht uninteressant zu erfahren, welcher Geist in dieser Werkzeitschrift gefördert wird. Im Heft 7., Jahrgang 8 (Dezember 1957 / Januar 1958) kommt Hans-Friedrich Blunck zu Wort. Er füllt die ganze dritte Umschlagseite mit einem Gedicht aus. Im "Dritten Reich" zählte H.F. Blunck zu den leidenschaftlichsten Verfechtern der Kazi-Ideologie, heute zu den Honorierten der Bayer-Werke. In der gleichen Nummer beginnt auf Seite 31 eine Buchbesprechung mit dem Satz: "Irgendwo hinter hohen Gebirgswällen Zentralasiens träumt ein uraltes Land: 'Aryana', von den Historikern auch die Wiege der arischen Rasse genannt".

Einstweilen betrachtet die Leitung der Bayer-Werke (verantwortlich für die Zeitschrift "Unser Werk" ist Dr. Fritz Jacobi) die Förderung von national-sozialistischem Gedankengut noch als eine "innerbetriebliche" Angelegenheit. Sie wäre wirtschaftlich und politisch züchtig genug, diesen Einfluss eines Tages auf die politische Bildung der Bevölkerung auszuweihen.

+ + +

un.-

Kopenhagen bedauert den Abgang von Duckwitz

mu.- Im Zuge der Umbesetzungen im Auswärtigen Amt ist der gegenwärtige Botschafter der Bundesrepublik in Dänemark, G.F. Duckwitz, zum Leiter der Ostabteilung im Bonner Aussenministerium ernannt worden. Die Ostabteilung wird für die Sowjetunion und alle sogenannten europäischen Ostblockstaaten zuständig sein. Auch der Ferne Osten mit Rotchina wird zur Ostabteilung gehören. Offen ist noch, ob die Ostabteilung auch den Nahen Osten mit umfassen soll.

In Kopenhagen ist die Kunde von der bevorstehenden Auberufung Duckwitz's ein wenig traurig zur Kenntnis genommen worden. Man kann sagen, dass Duckwitz ein guter Freund der Dänen ist. Dabei kann er als ein Botschafter des guten Willens der Bundesrepublik in der nordischen Metropole bezeichnet werden. Duckwitz hat dem Nachkriegsdeutschland nicht nur in Dänemark, sondern auch in Skandinavien wieder geholfen, Ansätze zu gewinnen. Regierungen und politische Richtungen vom Gewicht im Norden sind davon überzeugt, dass dieser Diplomat seine Aufgabe, der Völkerverständigung zu dienen, ernst genommen hat.

Duckwitz wurde 1904 in Bremen geboren und ging 1928 als Jurist und Volkswirtschaftler bereits zum erstenmal nach Kopenhagen. Er hatte das Glück, 1939 als Angestellter einer grossen Reederei vom Auswärtigen Amt angefordert und als Schiffssachverständiger in Kopenhagen beschäftigt zu werden. In jenen Jahren, da der düstere Hitlerkrieg begann, entstand auch das tiefe Verstehen zwischen den dänischen Politikern und Duckwitz, der sich in den folgenden Jahren als aufrechter Mann des Widerstandes und tätiger Freund der Dänen erwies.

Duckwitz war massgebend daran beteiligt, dass es den über 5 000 jüdischen Bürgern Dänemarks gelang, sich in den dramatischen Tagen vor dem 3. Oktober 1943 über den Öresund nach Schweden zu retten. Hitler hatte Befehle, die Juden in diesem besetzten Land bis zum 2. Oktober auszurotten, aber Duckwitz veranlasste den schwedischen Staatsminister P.A. Hansson, in Berlin dagegen vorstellig zu werden. Nachdem man noch von Siegestaumel erfasst die kalte Schulter gezeigt hatte, traf sich Duckwitz mit den späteren Ministerpräsidenten und damaligen Männern des dänischen Widerstandes, Hans Hedtoft und H.C. Hansen, um mit ihnen die Flucht der bedauernswerten Juden vorzubereiten.

Noch ein zweites Mal reiste Duckwitz in jenen Jahren nach Schweden, um Hansson in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 zu bitten, der deutschen Reichsregierung nahezu legen, keinen sinnlosen Widerstand in Dänemark zu führen und auch in Norddeutschland zu kapitulieren. Diese Kapitulation erklärte Dönitz am 4. Mai 1945 für Skandinavien und Norddeutschland, nachdem der letzte Aussenminister des Reiches, Schwerin-Krosigk, in Flensburg über ein drohendes Eingreifen Schwedens berichtet hatte.

Duckwitz blieb damals in Kopenhagen und arbeitete 1947 als Holzfäller. Nach der Konstituierung der Bundesrepublik wurde er 1950 als Leiter der Wirtschaftsabteilung des in Kopenhagen eingerichteten Generalkonsulats. Nach zwei-jähriger Tätigkeit als Konsul in Helsinki übernahm er dann am 28. Februar die Botschaft in Kopenhagen.

Die SPD-Partei der jungen Generation

K.G. Ein Trend, der sich schon 1953 deutlich abzeichnete, hat sich 1957 bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag noch stärker durchgesetzt: Die jungen Wähler bevorzugten die SPD.

Das Statistische Bundesamt konstatierte jetzt, dass bei den jüngsten Wählern, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen, die SPD einen besonders starken Erfolg gehabt hat. Die Mitteilung des Statistischen Amtes hat sicher viele Leute überrascht.

Denn daß gerade die SPD, die sich auf eine über achtzigjährige Geschichte berufen kann, die nie ihren Namen veränderte und die einzige parteipolitische Kontinuität in unserer Gesellschaft darstellt, ausgerechnet Wählerkreise gewinnen konnte, die diese Tradition bestenfalls von Hörensagen kennen, erscheint überraschend. In Wahrheit wissen objektive Beobachter schon seit den Tagen Kurt Schumachers, dass die SPD eine junge Partei geblieben ist, obwohl ihre Repräsentanten nach dem Hitler-Regime in der vorhergehenden Generation wurzelten.

Es gibt Gründe, die den grossen Erfolg der Partei bei der jungen Generation verständlich werden lassen. Neben den ständigen Bemühungen um einen fortschrittlichen Geist bei der Gesetzgebung und in der Politik hat nicht zuletzt die Bereitschaft, der Jugend berufliche Chancen und politische Verantwortung zu gewähren, dazu beigetragen.

Die Arbeit der Jungsozialisten bietet dafür ein gutes Beispiel: Von den zehn jüngsten Mitgliedern des Bundestages gehören sieben der SPD-Fraktion an. Sie stellt mit einem 26-jährigen auch auch den Benjamin des Parlaments. 24 Jungsozialisten versuchen im Bonner Bundestag der Stimme der jungen Generation Gehör zu verschaffen. Wie das Wahlergebnis zeigt, weiss die Jugend offensichtlich heute zu würdigen, wenn ihr neben dem Stimmrecht auch das Recht zur Mitsprache eingeräumt wird.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler